Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Wöchentlich Gratis-Beiblätter: „Der Weltspiegel", „Technische Rundschau", „Haus und Garten", Illustriert „ULK". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reichs, Deutsch-Oesterreichs, des Tschechoslow. Staates, Ungarn, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 11,25 Mark einschließlich Zustellungsgebühr; Ausland ausschließlich Postversandspesen. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 11,25 Mark einschließlich Zustellungsgebühr; Ausland ausschließlich Postversandspesen. Bezugspreis: Durch die Post vierteljährlich 11,25 Mark bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus, monatlich 3,75 Mark, vierteljährlich 11,25 Mark bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus. Anzeigenpreis: Für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 7,— Mark, für Ausland 10 Mark, bei täglich einmaliger Zustellung 1,— Mark. In Berlin und Vororten kostenfrei nach der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Eisenbahnerhaus, Zentrum Nr. 8503—20144, für den Fernverkehr Nr. 14097—14099), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Postscheckkonto: Berlin NW. 7, — u. 1192 Frankfurt. Inserten-Annahme v. Ullstein & Co. W. 2, — die Gesch. Inserat. u. Annon.-Annahme in Berlin-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusalem. Str. 46-49. Filialen: Charlottenbg. Str. 33; Potsdam. Str. 38; Zimmerstr. 10; Königstr. 20/21; Rosenthal. Str. 43; Schöneb. Ufer 12; Wormser Str. 17/18; Kaiserallee 30; Friedenau: Rheinstr. 44; Schöneberg: Hauptstr. 5; Kurfürstenstr. 6; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 136; Prenzl. Allee 242; Pankstr. 69; Weißer Str. 1-6; Gerichts-Str. 127; Hasenhaide 1; Müllerstr. 120; Badstr. 61; Charlottenb.: Lauenzienplatz 2; Kantstr. 34; Schloßstr. 30; Nürnb. Str. 33/36; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Hohenz.: Hauptverkehrsst.; Wilmersdorf: Uhlandstr. 38; Kaiserplatz 14. In der Provinz: Brandenburg: Berlin: Berliner Str. 47; Brunnenstr. 6; Cottbus: Spremberg. Str. 3; Frankf. Oder: Gr. Wiesenstr. 24; Müncheberg: Gerichts-Str. 13; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Staßfurt: Bahnhofstr. 134; Luckenwalde: Berliner Str. 13; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 38; Kaiserplatz 14. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Glogau: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 44; Niederschlesien: Bolkenhain: Hauptstr. 28; Beuthen: Bismarckstraße Str. 23; Gnesen: Breite Str. 47; Gleiwitz: Parmoplatz 4.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 408 • Ausgabe A Nr. 222
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 408

Sonntag 31. August 1919
48. Jahrgang

Staatsgerichtshof und Diplomatie.

Von (Nachdruck verboten.)

Freiherrn v. Schoen, Botschafter z. D.

Freiherr v. Schoen, der bis zum Ausbruch des Krieges Botschafter in Paris war, äußert in den nachstehenden Ausführungen den Wunsch, daß auch die ehemaligen Botschafter und Gesandten vor dem Staatsgerichtshof gehört werden möchten. Wir wollen in eine Erörterung über die Leistungen der Diplomatie — die, wie der Verfasser zutreffend bemerkt, ein vieldeutiger Begriff ist — jetzt nicht eintreten, wollen aber betonen, daß wir den Wunsch des Freiherrn v. Schoen für durchaus berechtigt halten. Die Redaktion.

Je mehr der Streit über Ursprung und Verlauf des fünfjährigen Krieges sich hinzieht, je mehr Tatsachen und Meinungen, Behauptungen und Widersprüche, Anklagen und Verteidigungen er zutage fördert, desto unklarer wird trotz stellenweiser Aufhellungen das Bild im Ganzen, desto schwerer erscheint die endliche Lösung der alle Gemüter beherrschenden Frage der Schuld und Nichtschuld. Es ist hohe Zeit, daß der Staatsgerichtshof ins Leben tritt und seines Amtes zu walten beginnt, um aus dem durch einen wirren Haufen von Aktenmaterial, Schilderungen, Deutungen und Mißdeutungen verschütteten Brunnen die reine und volle Wahrheit emporsteigen zu lassen.

Eines ist freilich schon jetzt erkennbar, ein hie und da mühsam überdrückter, immer aber von neuem sich auftuender Zwiespalt zwischen der politischen und militärischen Führung ein Ringen beider Gewalten um die Vorherrschaft, eine Neigung zu gegenseitiger Befehdung, ein unseliger Zustand, in dem die wesentlichsten Quellen des schließlich hereingebrochenen Unheils zu suchen sein dürften.

Wenn der Staatsgerichtshof jene dunklen Vorgänge mit der Fackel der Wahrheit aufzuklären haben wird, so erheischt ganz besonders helle Beleuchtung die in den Darstellungen von militärischer Seite so häufig wiederkehrende Behauptung von unzulänglicher und störender Arbeit der deutschen Diplomatie. Die Auffassung von der Minderwertigkeit deutscher auswärtiger Staatskunst ist nicht neu, sie ist schon vor dem Kriege in mannigfacher Gestalt eindringlich vor die Oeffentlichkeit getreten, bis zu einem gewissen Grade zu einem feststehenden Glaubenssatz geworden und hat immer wieder zu der Forderung einer gründlichen Umgestaltung des auswärtigen Dienstes geführt. Neuerdings macht sie sich nun in verstärktem Maße und zuweilen in einem Tone geltend, den bisher Männer, die mit ernsten Worten vor die Oeffentlichkeit traten, nicht anzuwenden pflegten. Ob es angezeigt war, jenen alten Ladenhüter von der Unzulänglichkeit der deutschen Diplomatie gerade in den jetzigen Zeiten wieder ins Schaufenster zu legen, mag eine spätere Zeit entscheiden, in der die Gemüter weniger befangen und in der Lage sein werden, das Geschehene, das Richtige und das Verfehlte, im vollen Lichte unumstößlich feststehender Tatsachen zu übersehen. Schon jetzt aber ist die Frage berechtigt und drängt sich zur Vermeidung von Mißverständnissen auf: Was wollen die Widersacher mit dem Worte „Diplomatie" sagen? Die Unbestimmtheit und Vieldeutigkeit des Ausdruckes läßt die Vermutung zu, daß er vielfach, bewußt oder unbewußt, deshalb gebraucht wird, um den Mangel an klarer Erkenntnis und tieferem Wissen zu verhüllen. Was und wen meinen die Tadler die Kunst der Führung und Ausführung in außenpolitischen Dingen oder den Gesamtkreis der in solchen Fragen tätigen berufenen und nicht berufenen Kräfte, oder aber, im engeren Sinne, die berufsmäßigen Vollstrecker des leitenden politischen Willens, mit einem Worte, die Diplomaten, die politischen auswärtigen Vertreter? Einer der im Streit hervorgetretenen Rufer drückt sich allerdings mit voller Deutlichkeit, wenn auch nicht mit Richtigkeit, aus, wenn er schreibt: „Die meisten Gesandten" — gemeint sind offenbar die Botschafter — „taugen nichts."

Nun, so alt auch die Lehre von der Unfähigkeit der deutschen Diplomaten ist, so häufige und so scharfe Attacken auch gegen einzelne Vertreter unternommen worden sind, bis jetzt hat keiner der Angreifer weder das allgemein verdammende Urteil überzeugend zu begründen vermocht, noch ist ihnen der Nachweis gelungen, daß der eine oder der andere der Verlästerten schwere Fehler begangen, geschweige denn aus eigener Kraft, außerhalb der Wege, den seine Instruktionen ihn zu gehen zwangen, zu dem Entstehen des Unheils beigetragen habe, das uns betroffen. Gerade solche, auf welche gewisse Kreise gern mit Fingern gezeigt, die sie dem öffentlichen Unwillen mit dem Erfolge preisgegeben haben, daß sie in einer Versenkung verschwanden, gerade diese haben sich nachträglich im Lichte der allmählich bekannt werdenden Tatsachen als diejenigen erwiesen, die an den begangenen Fehlern vor und im Kriege innerlich am wenigsten Anteil gehabt, ja, gelegentlich ihre Stimme warnend, leider vergeblich, erhoben haben.

Will man die Wahrheit voll und ganz hervortreten lassen, will der Staatsgerichtshof seine Aufgaben restlos erfüllen, so wird er sich nicht darauf beschränken dürfen, das von der Regierung und von einzelnen vorgelegte Material über Ursprung und Verlauf des Krieges gründlichst zu prüfen und die politischen und militärischen Führer eingehend zu vernehmen, sondern er wird gut tun, auch diejenigen zu hören, die an den großen Geschehnissen vor dem Kriege mitwirkend beteiligt gewesen, dann aber gesellschaftlich in den Hintergrund gedrängt, sich nicht Gehör zu verschaffen vermochten. Man ziehe daher auch die viel geschmähten Botschafter und Gesandten vor das hohe Forum, sie werde manches Wissenswerte und Aufklärende zu sagen haben, und man wird manches erfassen, was zu anderen als den landläufigen Ansichten über ihr Tun und Können führen dürfte.

In seinem im Jahre 1915 erschienenen Werke „Die moderne Diplomatie" sagt Freiherr v. Mackay, ein hervorragender Kenner: „Wenn einmal jeder Krakeeler auf Herz und Nieren prüfen wollte, wieviele von den tausenden gegen die Diplomaten geschleuderten Vorwürfen schlicht und unzweifelhaft begründet sind, welch kleiner Schmelzrest würde als harte Substanz von dem Anklagegebläse übrigbleiben!"

So liegen in der Tat die Dinge. Es kann und soll nicht in Abrede gestellt werden, daß der eine oder andere auswärtige Vertreter sich nicht bewährt ist, daß er gelegentlich eine böse Dummheit gemacht hätte. Dem Fluch des Irrens ist auch der Diplomat, wie andere Menschen, unterworfen. Aber darum ist das allgemein verdammende Urteil nicht minder ungerecht und verwerflich. Wären die Diplomaten durchweg so untauglich, wie vielfach gesagt wird, dann blieb nichts anderes übrig, als den ganzen Bestand mit Stumpf und Stiel auszurotten. Mögen dann neue Männer, wenn sie das Zeug dazu haben, es besser zu machen, ihr Glück versuchen. Sollte sich aber nur der eine oder andere als seinen Aufgaben nicht gewachsen erweisen, dann fort mit ihm, wohlgemerkt, nach ordnungsmäßiger Untersuchung und Verurteilung durch qualifizierte Richter, nicht durch oberflächliche, mit gefärbten Brillen sehende Beurteiler. Fort aber, auf der anderen Seite, fort, vor allen Dingen, im Namen der deutschen Würde, im Namen der Gerechtigkeit, im Namen der Einigkeit im Unglück, fort mit der zur schlimmen Gewohnheit gewordenen Anklagerei ohne beweiskräftige Unterlagen, fort damit und, in achtungsvollem Schweigen, Platz dem hohen Staatsgerichtshof! Fördert dessen Arbeit Dinge zutage, die für die Diplomaten im ganzen oder im einzelnen schwer belastend sind, dann mögen die Schuldigen vogelfrei sein. Solange dies nicht der Fall, haben sie Anspruch auf Achtung als Männer, die sich bewußt sind, dem Vaterlande treue und nützliche Dienste geleistet zu haben.

Vor der Ueberreichung der französischen Antwortnote an Deutschösterreich.

Keine wesentlichen Zugeständnisse.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

⊙ Wien, 30. August.

Der Präsident der Nationalversammlung Seitz hat heute aus St. Germain telegraphisch die Mitteilung erhalten, daß Staatskanzler Renner am Mittwoch von dort abreist und Freitag Mittag in Wien eintreffen wird. Das Telegramm enthält keine Mitteilung über den Termin der Ueberreichung des Friedensvertrages, doch läßt der Inhalt darauf schließen, daß die **Ueberreichung am Dienstag** erfolgen werde. Sofort nach Ankunft des Staatskanzlers tritt der Kabinettsrat zusammen. Der Hauptausschuß ist für Sonnabend, die Nationalversammlung für Sonntag einberufen worden.

l. Wien, 30. August.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß auch die Milderungen, die an dem ursprünglichen Vertragsentwurf vorgenommen worden sind, Deutschösterreich keine wesentliche Verbesserung der Friedensbedingungen bringen werden. Genau wie vor der Ueberreichung des ersten Entwurfes läßt der französische Gesandte in Wien, der bisher die Bevölkerung durch seine Presse täglich ermahnen ließ, ja recht brav zu sein und vor allem den Anschlußgedanken aufzugeben, jetzt erklären, daß sich Deutschösterreich wieder alles selbst verdorben habe, weil einzelne führende Politiker offenbar die Anschlußidee noch immer nicht aufgegeben hätten.

Nach Meldungen aus London wird Oberst House den Friedensvertrag mit Oesterreich nicht unterzeichnen. Die „Daily Mail" bestreitet dies zwar und erklärt, Oberst House habe gesagt, daß er ein solches an ihn gestelltes Anerbieten bereits abgelehnt habe.

Versailles, 30. August. (W. T. B.)

Nach dem „Temps" ist der Oberste Rat der Alliierten bei der Prüfung der österreichischen Gegenvorschläge zum Entschluß gekommen, die finanziellen und wirtschaftlichen Klauseln zugunsten Deutschösterreichs abzuändern. In betreff der Kriegsschuld soll nunmehr für die Schulden der Bürger, die einem aus dem ehemaligen Oesterreich hervorgegangenen Staate angehören, von ihrem Heimatstaat Ersatz geleistet werden. In betreff der Vorkriegsschuld soll beschlossen werden, daß auch die nicht durch Anleihen gedeckten Schulden zwischen allen Staaten geteilt werden, die der ehemaligen habsburgischen Monarchie angehörten. Außerdem soll im Vertrag festgesetzt werden, daß Polen und Tschechoslowakei verpflichtet sein sollen, Oesterreich Kohlen zu liefern. Man hoffe, den Text morgen festsetzen zu können, so daß die Ueberreichung in St. Germain Anfang der kommenden Woche erfolgen werde.

Gerüchte vom Rücktritt des Kabinetts Friedrich.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

⊙ Wien, 30. August.

Aus Budapest kommt die bisher unbestätigte Meldung, daß das Ministerium Friedrich bereits seine Demission überreicht habe. Es soll bereits eine neue Ministerliste vorgelegt worden sein. Nähere Meldungen aus Budapest fehlen.

Eine Einheitsfront gegen die Bolschewiki.

Kriegsrat in Riga.

Die Katastrophe der russischen Nordarmee. — Friedensverhandlungen mit Estland.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

l. Königsberg i. Pr., 30. August.

Aus Riga wird gemeldet: Zum Zwecke der Herstellung einer Einheitsfront gegen die Bolschewiki fand in Riga ein allgemeiner Kriegsrat statt, an dem die Vertreter der alliierten Missionen, des estnischen Oberbefehlshabers, des Generals Judenitsch, der litauischen und der polnischen Armee teilnahmen.

Mitau, 30. August. (W. T. B.)

Nach Einnahme von Pleskau durch die Bolschewisten ist die Lage an dieser Front ernst. Bei einer Besprechung in der englischen Mission zwischen dem Vertreter des estnischen Höchstkommandierenden und dem Führer des Detachements Keller ergab sich eine Einigung über eine gemeinsame Besetzung der Front.

b. Stockholm, 30. August.

Eine Meldung des Blattes „Politiken" aus Reval besagt, daß durch den Fall Pskows die russische Nordarmee eine Katastrophe erlitt; die Armee sei völlig aufgerieben worden. Gewaltige Vorräte seien in die Hände der Bolschewiki gefallen. Zwischen den Bolschewiki und der estländischen Regierung hätten Friedensverhandlungen begonnen.

Anläßlich der Ueberreichung des Beschlusses des Kongresses des schwedischen Metallarbeiterverbandes, der die Wiederaufnahme der diplomatischen Verbindungen mit Sowjetrußland forderte, erklärte der schwedische Minister des Aeußeren der Arbeiterabordnung, daß, wenn Schweden die Blockade brechen oder seine Handelsschiffe durch Konvoischiffe schützen würde, das den Krieg mit der Entente bedeutete. Aus diesem Grunde sei die Wiederanknüpfung der diplomatischen und der Handelsbeziehungen gegenwärtig unmöglich.

Ein Tagesbefehl des Grafen von der Goltz.

Die Plünderungen in Mitau.

(Telegramm.)

Mitau, 29. August. (W. T. B.)

Der kommandierende General Graf von der Goltz hat nachstehenden Tagesbefehl an die ihm unterstellten Truppen erlassen: Am 25. 8. abends haben etwa zweihundert Mann deutsche und in russischen Dienste befindliche deutsche Soldaten plündernd die Stadt durchzogen, haben die lettische Kaserne, dann das Haus der englischen Mission geplündert und die lettische Bank zu plündern versucht. Gemeine Plünderungssucht ist die einzige Triebfeder für ihr Handeln. Die Schandtaten solcher Lumpen schänden den deutschen und russischen Namen. Der Gouverneur von Mitau hat durch Bereitstellung von Waffen und Nachtpatrouillen Vorsorge zu treffen, daß sich solche Vorfälle nicht wiederholen. Auf jeden Plünderer ist rücksichtslos zu schießen, wenngleich die Kugel fast zu schade für solches Gesindel ist.